

## Wachstum finanziert den Sozialstaat

Wirtschaftswachstum ist wichtig, um die **Einnahmen eines Staates** zu erhöhen und damit die **sozialen Sicherungssysteme** und öffentlichen Ausgaben zu finanzieren. Zugleich wird es dazu gebraucht, die anwachsenden **Staatsschulden zu begleichen**.

Eine Schrumpfung der Wirtschaft wirkt sich fatal auf die öffentlichen Finanzen aus: es gibt mehr Arbeitslose, weniger Menschen zahlen in die Sozialversicherungssysteme (Rentenkasse, Krankenkassen, Arbeitslosenversicherung etc. ein). Außerdem beziehen mehr Menschen Arbeitslosengeld. Gleichzeitig sinken die Steuereinnahmen der Einkommenssteuer, weil weniger Menschen beschäftigt sind, und der Mehrwertsteuer, weil die Menschen weniger Dinge kaufen. Wenn die Regierung dann anfängt zu sparen, drohen **Einschnitte bei öffentlichen Dienstleistungen** (z.B. Bildung), die die Lebensqualität der Menschen betreffen. Gleichzeitig muss sich der Staat mehr Geld leihen, und die Zinsen sind dabei oft so hoch, dass ein großer Teil der Staatsausgaben in deren Rückzahlung fließt.

Eine weitere Schwierigkeit liegt im **demographischen Wandel**: Die Bevölkerung wird immer älter, im Verhältnis gibt es immer mehr Rentner\_innen zu Arbeitenden. Das heißt, weniger Menschen zahlen ein und mehr Menschen müssen versorgt werden. Um dies ausgleichen zu können, ist ein Wachstum der Wirtschaft nötig.

Moderne Volkswirtschaften sind somit zu Wirtschaftswachstum gezwungen, um Bildung, Gesundheit, Altersvorsorge, Arbeitslosenunterstützung und den gesamten Sozialstaat zu finanzieren.

### Quellen:

M. Schmelzer, A. Passadakis: *Postwachstum*, Hamburg 2011; K.H. Paqué: *Warum Wachstum? Sechs Gründe für eine gute Sache*, Berlin 2012; M. Miegel: *Exit – Wohlstand ohne Wachstum*, Berlin 2010; Tim Jackson: *Wohlstand ohne Wachstum* 2011, Eurostat (<http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/eurostat/home/>)

## Wachstum hält nicht, was es verspricht

Obwohl die Wirtschaft trotz der Finanzkrise kontinuierlich gewachsen ist, haben wir in Deutschland drastische **Kürzungen in den sozialen Sicherungssystemen**, in Bildung und Gesundheit erlebt; Stichwort „Hartz IV“. Zugleich ist die **Staatsverschuldung** keineswegs gesunken, sondern ebenfalls immer weiter gestiegen. Die Gleichung „Wachstum = mehr Staatseinnahmen = mehr Ausgaben für Bildung, Gesundheit, Soziales + Schuldenabbau“ geht so einfach also nicht auf. Wachstumsbefürworter\_innen werden hier einwenden, es habe nur einfach zu wenig Wachstum gegeben. Doch die Zeiten hoher Wachstumsraten wie in den 50er-/60er-Jahren sind endgültig vorbei. Der Markt in **Deutschland ist stark gesättigt** und die Wirtschaft ist zwischen 1993 und 2013 durchschnittlich gerade einmal um 1,2 % pro Jahr gewachsen.

Politiker\_innen aller Parteien hängen dennoch am Wachstum. Denn wenn die Wirtschaft boomt, erhöhen sich die Handlungsspielräume einer Regierung und im Wahlkampf getroffene Versprechungen können zumindest teilweise umgesetzt werden.

Ausgeblendet wird dabei, dass ein guter Teil des BIP-Wachstums zugleich wieder dafür aufgewendet werden muss. Es entstehen nämlich **durch Wachstum verursachte Schäden** wie Umweltverschmutzung oder gesundheitliche Beeinträchtigungen und zusätzlich **Kosten für die Wachstumsförderung** wie etwa eine „Abwrackprämie“ oder Subventionen. Diese Kosten werden auf deutlich über 20 % des jeweiligen Wachstums geschätzt.

Die Annahme, Wachstum sei für die Stabilisierung der Staatsfinanzen und zur Finanzierung der Sozialausgaben unverzichtbar, ist also äußerst fraglich. Viel wichtiger erscheint es, auch angesichts de facto immer geringerer Wachstumsraten, Alternativen zu einer immer höheren Staatsverschuldung und für eine sinnvolle Verwendung öffentlicher Mittel zu suchen!

## Wachstum finanziert den Sozialstaat

Wirtschaftswachstum ist wichtig, um die **Einnahmen eines Staates** zu erhöhen und damit die **sozialen Sicherungssysteme** und öffentlichen Ausgaben zu finanzieren. Zugleich wird es dazu gebraucht, die anwachsenden **Staatsschulden zu begleichen**.

Eine Schrumpfung der Wirtschaft wirkt sich fatal auf die öffentlichen Finanzen aus: es gibt mehr Arbeitslose, weniger Menschen zahlen in die Sozialversicherungssysteme (Rentenkasse, Krankenkassen, Arbeitslosenversicherung etc. ein). Außerdem beziehen mehr Menschen Arbeitslosengeld. Gleichzeitig sinken die Steuereinnahmen der Einkommenssteuer, weil weniger Menschen beschäftigt sind, und der Mehrwertsteuer, weil die Menschen weniger Dinge kaufen. Wenn die Regierung dann anfängt zu sparen, drohen **Einschnitte bei öffentlichen Dienstleistungen** (z.B. Bildung), die die Lebensqualität der Menschen betreffen. Gleichzeitig muss sich der Staat mehr Geld leihen, und die Zinsen sind dabei oft so hoch, dass ein großer Teil der Staatsausgaben in deren Rückzahlung fließt.

Eine weitere Schwierigkeit liegt im **demographischen Wandel**: Die Bevölkerung wird immer älter, im Verhältnis gibt es immer mehr Rentner\_innen zu Arbeitenden. Das heißt, weniger Menschen zahlen ein und mehr Menschen müssen versorgt werden. Um dies ausgleichen zu können, ist ein Wachstum der Wirtschaft nötig.

Moderne Volkswirtschaften sind somit zu Wirtschaftswachstum gezwungen, um Bildung, Gesundheit, Altersvorsorge, Arbeitslosenunterstützung und den gesamten Sozialstaat zu finanzieren.

## Wachstum hält nicht, was es verspricht

Obwohl die Wirtschaft trotz der Finanzkrise kontinuierlich gewachsen ist, haben wir in Deutschland drastische **Kürzungen in den sozialen Sicherungssystemen**, in Bildung und Gesundheit erlebt; Stichwort „Hartz IV“. Zugleich ist die **Staatsverschuldung** keineswegs gesunken, sondern ebenfalls immer weiter gestiegen. Die Gleichung „Wachstum = mehr Staatseinnahmen = mehr Ausgaben für Bildung, Gesundheit, Soziales + Schuldenabbau“ geht so einfach also nicht auf. Wachstumsbefürworter\_innen werden hier einwenden, es habe nur einfach zu wenig Wachstum gegeben. Doch die Zeiten hoher Wachstumsraten wie in den 50er-/60er-Jahren sind endgültig vorbei. Der Markt in **Deutschland ist stark gesättigt** und die Wirtschaft ist zwischen 1993 und 2013 durchschnittlich gerade einmal um 1,2 % pro Jahr gewachsen.

Politiker\_innen aller Parteien hängen dennoch am Wachstum. Denn wenn die Wirtschaft boomt, erhöhen sich die Handlungsspielräume einer Regierung und im Wahlkampf getroffene Versprechungen können zumindest teilweise umgesetzt werden.

Ausgeblendet wird dabei, dass ein guter Teil des BIP-Wachstums zugleich wieder dafür aufgewendet werden muss. Es entstehen nämlich **durch Wachstum verursachte Schäden** wie Umweltverschmutzung oder gesundheitliche Beeinträchtigungen und zusätzlich **Kosten für die Wachstumsförderung** wie etwa eine „Abwrackprämie“ oder Subventionen. Diese Kosten werden auf deutlich über 20 % des jeweiligen Wachstums geschätzt.

Die Annahme, Wachstum sei für die Stabilisierung der Staatsfinanzen und zur Finanzierung der Sozialausgaben unverzichtbar, ist also äußerst fraglich. Viel wichtiger erscheint es, auch angesichts de facto immer geringerer Wachstumsraten, Alternativen zu einer immer höheren Staatsverschuldung und für eine sinnvolle Verwendung öffentlicher Mittel zu suchen!

### Quellen:

M. Schmelzer, A. Passadakis: *Postwachstum*, Hamburg 2011;

K.H. Paqué: *Warum Wachstum? Sechs Gründe für eine gute Sache*, Berlin 2012;

M. Miegel: *Exit – Wohlstand ohne Wachstum*, Berlin 2010;

Tim Jackson: *Wohlstand ohne Wachstum* 2011, Eurostat (<http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/eurostat/home/>)